Horst Möller

Worin lag das ‚national‘ Verbindende in der Epoche der Teilung?*

I.

„Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.“¹ Diese Worte in der Regierungserklärung des gerade gewählten Bundeskanzlers Willy Brandt am 28. Oktober 1969 bilden nicht allein in chronologischer Beziehung die Mitte zwischen der 20 Jahre zuvor formu-

* Der Begriff „national verbindend“ entspricht der Vorgabe der Themenstellung. Dabei geht es hier nicht um die Konstruktion oder Existenz eines „Nationalbewußtseins“, sondern um die Frage, welche Fakten und Faktoren dazu beitrugen, in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR Zusammengehörigkeit zu erhalten. Die Fragestellung kehrt insofern die übliche Teilungsperspektive um. Gleichwohl bleibt die Teilung Deutschlands bis 1990 die historische Realität und Voraussetzung auch dieser Themenstellung, so wenig mit ihr beabsichtigt ist, eine teleologische Perspektive zur Wiedervereinigung zu konstruieren. Es geht also in keiner Weise um Dogmatisierung der hier behandelten Themen, sondern um den Nachweis, welche Gemeinsamkeiten trotz Teilstaatlichkeit – die den Begriff „Staatsnation“ suspendierte – neben den fundamentalen Gegebenheiten (Geschichte, Sprache, Konfession als Charakteristika der gemeinsamen Herkunft) praktiziert wurden. – Das Manuskript wurde 2000 fertig gestellt.

In der geschichtswissenschaftlichen Literatur dominierte lange die separate Darstellung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, also die Reproduktion der Teilungsperspektive. Ausnahmen einer gemeinsamen, partiell integrierenden Behandlung bildeten zunächst vor allem *Wilhelm Cornides*, *Die Weltmächte und Deutschland. Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945–1955* (Tübingen, Stuttgart 1957); *Ernst Deuerlein*, *Deutsche Geschichte der neuesten Zeit von Bismarcks Entlassung bis zur Gegenwart*, 3. Teil: von 1945 bis 1955 (Konstanz 1965); *Thilo Vogelsang*, *Das geteilte Deutschland* (München 1966) (9. Aufl. 1978, stark erweitert); *Christoph Kleßmann*, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955* (Bonn 1982); *ders.*, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970* (Bonn 1988); *Adolf M. Birke*, *Nation ohne Haus. Deutschland 1945–1961*, in: *Die Deutschen und ihre Nation*, Bd. 6 (Berlin 1989); zuletzt *Heinrich August Winkler*, *Der lange Weg nach Westen*, 2. Band: *Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung* (München 2000) Kap. 3–5.

¹ In: *Hans Ulrich Behn*, *Die Regierungserklärungen der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Deutsches Handbuch der Politik*, Bd. 5 (München, Wien 1971) 207 f.

lierten programmatischen Präambel des Grundgesetzes: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, und dem Ruf der Leipziger Montagsdemonstration von 1989: „Wir sind ein Volk“. Willy Brandt kommentierte damals treffend: „Es wächst zusammen, was zusammen gehört.“ Und man muß hinzufügen: Es wächst noch immer.

Nach einer Umfrage, die am 15. Juni 2000 veröffentlicht worden ist, sehen sich 80% der Westdeutschen und 68% der Ostdeutschen in erster Linie als Deutsche und nicht als West- oder Ostdeutsche. Etwa 85% der West- und 89% der Ostdeutschen halten die Wiedervereinigung für richtig. Ebenfalls in einer vergleichbaren Größenordnung bewegen sich die Antworten auf die Frage, ob die Probleme der Wiedervereinigung gelöst seien oder nicht: Zwei Drittel der Westdeutschen und drei Viertel der Ostdeutschen meinen, sie seien noch nicht gelöst².

Diese Umfrageergebnisse zeigen insgesamt zweierlei: Es gibt ein beträchtliches Maß an Gemeinsamkeit, aber zehn Jahre nach der Wiedervereinigung zugleich einen relevanten Anteil an Trennendem, wenn noch heute 32% der Ostdeutschen und 20% der Westdeutschen von einer teilstaatlichen Identität ausgehen. Dieser Befund bestätigt einmal mehr, in welchem Ausmaß die Vergangenheit identitätsstiftende Wirkung für Gegenwart und Zukunft besitzt: In diesem Fall erklärt die Geschichte beides, das Gemeinsame und das Trennende, da es eine tausendjährige gemeinsame Geschichte der Deutschen, immerhin aber eine 45jährige, also eineinhalb Generationen umfassende, geteilte Geschichte gibt.

Allerdings muß betont werden: Die Teilstaatlichkeit war nicht allein durch vielfältige komplexe Verbindungen durchbrochen, auf die ich im folgenden eingehe. Vielmehr bedeutete die Existenz zweier Staaten auch: Sie befanden sich innerhalb des weltpolitischen Systems in einer analogen Lage, waren jeweils Teil politisch und militärisch geprägter Blöcke, beide waren wesentliche Faktoren des „Kalten Krieges“, beide waren Symbol dafür, daß der vielberufene deutsche „Sonderweg“ zwischen Ost und West sowohl verfassungs- als auch außenpolitisch beendet war – wofür Konrad Adenauer bereits seit dem Ersten Weltkrieg eingetreten war. Und vor allem: Die Bundesrepublik und die DDR definierten sich in politischer Hinsicht zwar gegensätzlich, aber doch im Wechselverhältnis zueinander; mit anderen Worten: Die Teilexistenz beider Staaten blieb – auch wenn das paradox erscheinen mag – zwangsläufig aufeinander bezogen. Die Bundesrepublik verstand sich als „Provisorium“ auf dem Weg zur Einheit, die DDR in immer stärkerer Abgrenzung als eigene „sozialistische Nation“. Ohne die Bundesrepublik wären Karl-Eduard von Schnitzler und sein „Schwarzer Kanal“ arbeitslos geworden.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Februar 2000.

II.

Gehen wir davon aus, daß 1989 und gewiß heute das Gemeinsame das Trennende beträchtlich überwog bzw. überwiegt, dann müssen wir die Faktoren gewichten und hierarchisieren. Und methodisch noch prinzipieller könnte die Leitfrage dieses Vortrags als Variation der These aus der Annales-Schule diskutiert werden: Haben die historischen Tiefenkräfte gesellschaftlicher und mentaler Dispositionen, die angemessen nur in der *longue durée* zu erfassen sind, größeres Gewicht für die Identität einer Nation als epochenspezifische Strukturen politischer Herrschaft oder des internationalen Systems?

Für einen solchen methodischen Ansatz sprechen weitere Beispiele: So demonstriert der Zusammenbruch des Sowjetimperiums 1989/91, daß die Nationalitäten-Problematik, die nahezu 70 Jahre durch die kommunistische Diktatur unterdrückt worden war, seit den späten 1980er Jahren erneut virulent wurde, also die zur *longue durée* zu zählende Tiefenwirkung nationaler Zusammengehörigkeit sich schließlich gegen das extreme Repressionspotential kommunistischer Herrschaft durchsetzte. Gegen die Verabsolutierung eines solchen Ansatzes spricht jedoch, daß mit ihm der Gegensatz von Demokratie und Diktatur, von Rechtsstaat und politisierter Klassenjustiz, der in weiten Teilen Europas im 20. Jahrhundert keineswegs nur die Herrschaftsstruktur, sondern auch das alltägliche Leben bestimmte, sekundär wird.

Eine solche Vernachlässigung der politischen Dimension ist um so weniger zu akzeptieren, als auch sie langfristige Wirkungen hat, wie gerade die Probleme bei der Transformation ehemaliger Diktaturen in demokratisch verfaßte Staaten zeigen: Und hier handelt es sich nicht allein um ökonomische und politische, sondern gerade auch gesellschaftliche Hindernisse, die in Kollektivmentalitäten wurzeln, also die „politische Kultur“ insgesamt betreffen. Und nicht zu vergessen: Der Erfolg der Massenbewegung in der DDR 1989 hatte die Schwächung der Sowjetunion, damit des Warschauer Pakts und den Verzicht auf die Breschnew-Doktrin zur logischen und chronologischen Voraussetzung. Deshalb wurde 1989 in der DDR möglich, was 1968 in Prag gescheitert war: Der Sturz einer kommunistischen Diktatur durch oppositionelle Massenbewegungen – die *forces profondes* entfalten ihre Wirkung also nur unter bestimmten, sie begünstigenden Voraussetzungen³.

³ Zur Wiedervereinigung insgesamt vgl. Horst Möller, Die Überwindung der Teilung Deutschlands: Zukunftschancen in historischer Perspektive, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Zukunftsforum Politik Nr. 16; auch in Angela Merkel (Hrsg.), Europa und die Deutsche Einheit. Zehn Jahre Wiedervereinigung: Bilanz und Ausblick, mit Beiträgen von Wladyslaw Bartoszewski u. a. (Freiburg, Basel, Wien 2000) 61–83 sowie die großangelegte vierbändige Darstellung: Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 1: Karl-Rudolf Korte, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, Bd. 2: Dieter Grosser, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Bd. 3: Wolfgang Jäger u. a., Die Überwindung der Teilung, Bd. 4: Werner Weidenfeld u. a., Außenpolitik für die deutsche Einheit (Stuttgart 1998).

Für unser Thema stellt sich also erstens die grundsätzliche Frage, in welchem Verhältnis das zweifelsfrei Trennende, ja absolut Gegensätzliche, also die vergleichsweise kurzfristige Geltung des diktatorischen Herrschaftssystems, zu den gemeinsamen langfristigen Traditionen und kollektiven Mentalitäten stand.

Zweitens muß geklärt werden, welche Veränderungen während der 45jährigen Teilungsgeschichte aufgetreten sind, die Autoren wie Edgar Wolfrum oder Wilfried Loth als „Dekomposition der Nation“ bezeichnen und die nicht allein die DDR, sondern auch die Bundesrepublik betrafen. Auch in bezug auf diese Fragestellung sind verschiedene Ebenen zu unterscheiden: Während es zu den politischen Leistungen aller Bundesregierungen gehörte, gemäß dem Verfassungsauftrag die „deutsche Frage“ offenzuhalten, verblaßte in den teilstaatlichen Gesellschaften das Wiedervereinigungspostulat immer mehr. Die „deutsche Frage“ blieb ein völkerrechtliches und ein Verfassungsproblem, aber kaum noch eine gesellschaftliche Herausforderung, wie sie dies noch in den beiden ersten Dezennien gewesen war. Anders gewendet: Aus dem programmatischen Provisorium wurde in West und Ost ein pragmatisches Definitivum.

Die deutschlandpolitischen Weichenstellungen der sozialliberalen Koalition in den ersten Jahren der Regierung Brandt/Scheel trugen dem auf politischer Ebene Rechnung und kamen in dem verbalen Eiertanz zum Ausdruck, der von zwei Staaten auf deutschem Boden sprach, eine völkerrechtliche Anerkennung durch die Bundesrepublik konsequent ausschloß, tatsächlich aber zugleich international akzeptierte. Die eingangs zitierte Passage in der Regierungserklärung von Willy Brandt zeigt dies exemplarisch.

Tatsächlich bildet das Jahr 1969 einen Wendepunkt, dessen öffentlicher Ausdruck die beiden Treffen von Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Stoph in Erfurt am 19. März und Kassel am 21. Mai 1970 gewesen sind. Und die seit der Großen Koalition anvisierte und seit der sozialliberalen Koalition praktizierte Politik, „ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation zu verhindern“ und den Versuch zu machen, „über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen“, blieb dann bei allen Modifikationen auch für die folgenden Regierungen Helmut Schmidt und Helmut Kohl Handlungsmaxime. Der am 21. Dezember 1972 unterzeichnete „Grundlagenvertrag“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, der „Brief zur deutschen Einheit“, den Außenminister Walter Scheel an seinen sowjetischen Amtskollegen Gromyko bei Abschluß des Moskauer Vertrags am 12. August 1970 schrieb, der analoge Brief an die DDR am 21. Dezember 1972 und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aufgrund der Klage des Freistaats Bayern bildeten die Eckpunkte: Wenngleich in diesem Normenkontrollverfahren am 31. Juli 1973 die Klage gegen den Grundlagenvertrag abgewiesen wurde, so bekräftigte das Gericht doch die fortdauernde Verbindlichkeit des grundgesetzlichen Auftrags: „Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken – das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wachzuhalten und nach außen beharr-

lich zu vertreten – und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde.“⁴ Allerdings blieb es den Verfassungsorganen, also vor allem der Bundesregierung überlassen, den Weg zu diesem Ziel zu wählen.

Und nicht zu vergessen: Bei allem Wandel der Deutschlandpolitik blieben die Grenzen, an denen bis 1989 alle Wege endeten und für deren Überschreitung keine Passagierscheine ausgegeben wurden, konstant. Diese Grenzen wurden durch das internationale System und die unüberbrückbare Gegensätzlichkeit der politischen Wert- und Herrschaftsordnungen, von Demokratie und Diktatur, gezogen. Alle Vereinbarungen konnten also nur zu einem geregelten Nebeneinander, in Kernbereichen jedoch zu keinem Miteinander führen.

III.

Dies gilt es zu bedenken, wenn es nun um die Kategorisierung der Gemeinsamkeiten in der Epoche der Teilung geht. Die wesentlichen Punkte sind: die gemeinsame Abstammung, also die Volkszugehörigkeit, die gemeinsame Sprache, die verschiedenen Kommunikationsformen der West- und Ostdeutschen, die „Kulturation“, insbesondere die Literatur, die Geschichte, das Verständnis der Nation und die Einstellung zur Wiedervereinigung von 1989, die Staatsangehörigkeit, Werte und Normen, Konfessionszugehörigkeit, „Familienähnlichkeit“, organisatorisch faßbare Gemeinsamkeiten, beispielsweise Städtepartnerschaften, Sport (von der gemeinsamen Olympia-Mannschaft bis zur offen ausgetragenen sportpolitischen Konkurrenz seit der Olympiade in München 1972, nachdem 1968 das Internationale Olympische Komitee die vollberechtigte Mitgliedschaft der DDR beschlossen hatte), schließlich die Tatsache, daß die Anstrengungen der DDR darauf gerichtet waren, als Leistungsgesellschaft die Bundesrepublik ein- oder gar zu überholen: Was im Sport gelang, mißlang in allen entscheidenden Sektoren von Wirtschaft und Gesellschaft, änderte aber nichts an der Fixierung der DDR auf die Bundesrepublik.

Ich behandle diese Punkte nacheinander, einige davon ausführlicher, andere aus Raumgründen lediglich mit knappen Hinweisen, wieder andere überhaupt nicht. Hierzu zählen beispielsweise Probleme, die auf gegensätzliche oder paradoxe Weise West und Ost gemeinsam waren und deshalb immer wieder zu Streitpunkten wurden, insofern daher einen konkreten Bezug zwischen Ost und West betrafen, etwa das Berlin-Problem. Die Ost und West trennenden Grenzen einschließlich der Berliner Mauer demonstrierten täglich, wie sehr beide Staaten aufeinander bezogen waren, was übrigens auch für den Interzonenverkehr zwischen Berlin und Westdeutschland galt. Andere Themen wie Wirtschaftsbeziehungen, den Interzonenhandel, die in Westwährung verkaufenden Intershops u.a.m. lasse ich ebenso beiseite wie die geostrategische und völkerrechtliche Lage: Beide Staa-

⁴ Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts v. 31. Juli 1973.

ten und Berlin unterlagen der Viermächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes, Abrüstungsvorschläge bzw. Vorschläge für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa schon seit dem Rapacki-Plan zeigen eine weitere, fremdbestimmte Gemeinsamkeit. Nach wie vor war die deutsche Frage mit allen – zum Beispiel sicherheitspolitischen – Konnotationen nicht nur eine Frage der Deutschen, sondern eine europäische, eine weltpolitische Thematik.

Nun also zu den etwas eingehender zu erörternden Themen:

1. die gemeinsame Abstammung, also die ethnische Homogenität, die im Rahmen der in der föderalen Struktur Deutschlands zum Ausdruck kommenden differenten Stammeszugehörigkeit der Deutschen, also etwa der Sachsen, Franken, Bayern, Schwaben usw. zu sehen ist. Diese fundamentale Gemeinsamkeit ist so offensichtlich, daß sie keiner weiteren Kommentierung bedarf, sondern nur in einigen konkreten Auswirkungen zu illustrieren ist.

Die nationale Gemeinsamkeit zeigte sich u.a. in Verwandtschafts- und Bekanntschaftsbeziehungen, die durch die Massenflucht aus der DDR vor allem bis zum Mauerbau 1961 nicht aufgehoben wurden, sondern im Gegenteil in der Trennung das Bewußtsein gemeinsamer Herkunft und Vergangenheit aufrechterhielt. In der Fluchtbewegung manifestierte sich ebenfalls Gemeinsamkeit, die als Erinnerung auch am neuen Wohnort fortlebte.

Als „Abstimmung mit den Füßen“ bildete diese Massenbewegung zugleich einen tiefen- und breitenwirksamen Kitt zwischen beiden Gesellschaften. Vom Oktober 1949 bis zum November 1989 verließen mindestens 3,5 (nach neuesten Schätzungen 4 Millionen) von 17 Millionen Einwohnern die DDR. Demgegenüber gingen von 61 Millionen Westdeutschen nur 470 000 in die DDR. Die Flucht aus der DDR betraf also etwa 20% der Bevölkerung, während der Anteil derjenigen, die die Bundesrepublik verließen – darunter im Westen nicht heimisch gewordene ehemalige DDR-Bewohner – weit unter 1% lag.

35% der Bundesbürger über 14 Jahre hatten Verwandte, Freunde oder Bekannte in der DDR. Der Anteil der über 29jährigen lag mit 39% sogar erheblich über diesem Durchschnittswert.

In der Zahl der Reisen, aber auch der brieflichen Kontakte und der Paketsendungen wird diese Verbindung, die sich natürlich nicht allein auf die Verwandtschaftsbeziehungen beschränkt, anschaulich. Laut Infratest kannte im Jahre 1982 jeder dritte Bundesbürger die DDR bzw. Ostberlin aus eigener Anschauung. In den 1970er Jahren, dann wieder in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, nahm die Zahl der Reisen stark zu. So war jeder vierte Reisende im Jahre 1988 schon einmal in der DDR gewesen; im gleichen Jahr gaben nahezu 20% der westdeutschen Haushalte an, schon einmal Besuch aus der DDR empfangen zu haben⁵.

⁵ Kurt Plück, Innerdeutsche Beziehungen auf kommunaler und Verwaltungsebene, in: Wissenschaft, Kultur und Sport und ihren Rückwirkungen auf die Menschen im geteilten Deutschland, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V, 3, S. 2058.

Allerdings gibt es auch hier Schwankungen, die zum Teil aus den Passagierscheinabkommen oder Umtauschregelungen resultierten, zum Teil auch andere Ursachen besaßen. So lag der Höhepunkt der Reisen von Bundesbürgern in die DDR im Jahre 1976, damals erreichte sie eine Zahl von 6,945 Millionen, nach einem Absinken auf 4,18 Millionen im Jahre 1981 stieg die Zahl dann wieder relativ kontinuierlich an und betrug 1988 5,925 Millionen⁶.

Die Reisen aus der DDR in die Bundesrepublik stiegen seit Einführung der Reisemöglichkeiten für Rentner 1972 ebenfalls kontinuierlich, wenngleich langsam, was an der zunächst restriktiven Genehmigungspraxis lag. Die Zahl der Westreisenden, darunter fast ausschließlich Rentner, belief sich 1973 auf 1,3 Millionen, 1986 auf 1,76 Millionen. Sie explodierte förmlich in den Jahren vor dem Untergang der DDR. Im Jahr des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik 1987 reisten 5 Millionen (darunter 3,8 Millionen Rentner) in die Bundesrepublik; 1988 waren es schon 7,8 Millionen. Für die Monate nach der Maueröffnung 1989 existieren keine genauen Angaben, doch belaufen sich die Schätzungen allein für November/Dezember 1989 auf etwa 10 Millionen Besucher aus der DDR bzw. Ostberlin in die Bundesrepublik bzw. in den Westen Berlins⁷.

In diesen Zahlen wird nicht allein die Veränderung deutlich, sondern auch die Tatsache, wie wenig die Teilung gegen das wechselseitige Interesse oder Zusammengehörigkeitsgefühl auszurichten vermochte: Gerade das Anschwellen der Besucherströme nach Lockerung der Reisebeschränkungen beweist dies, kann aber zugleich als Indiz für eine Schwächung der DDR gewertet werden. Jedenfalls ermöglichte der Reiseverkehr die Aufrechterhaltung der Kontakte bzw. wechselseitiges Kennenlernen.

2. Nur nebenbei erinnere ich an die vielzitierte Spezifik der Kommunikationsstruktur, die die DDR von anderen kommunistischen Staaten unterschied, die Tatsache des Rundfunkempfangs in den 1950er und 1960er Jahren, die in Berlin vor allem RIAS und SFB sicherstellten, und seit den 1970er Jahren der zunehmende Empfang des Westfernsehens, gegen den die DDR-Führung machtlos war. Beschränkte sich die Lektüre westdeutscher Zeitungen auf Privilegierte, erlangte das westliche Fernsehen gesellschaftliche Breitenwirkung.

Die Gemeinsamkeit nationaler Herkunft und die Kommunikation verweisen auf die fundamentale Gemeinsamkeit, die Sprache, oder weiter gefaßt, die Kultur: Wenngleich die alte Kategorisierung Friedrich Meineckes in Kultur- bzw. Staatsnation keineswegs unumstritten ist, kann sie für die Frage nach den Gemeinsamkeiten von Bundesrepublik und DDR doch einen heuristischen Zugang bilden. Dies gilt selbstverständlich für die vielfältigen Formen der Kommunikation, die durch die Sprache ermöglicht wurden: Fernsehen und Rundfunk wurden durch Briefverkehr und Telefon nicht allein ergänzt, vielmehr erlaubten letztere eine individualisierte Form der Kommunikation. Die Zahl der Telefonverbindungen vervielfachte sich seit 1972 und stieg in West-Ostrichtung 1987 auf den er-

⁶ Ebd. 2026.

⁷ Ebd. 2024.

staunlichen Umfang von 35,5 Millionen Gesprächen. Der Postverkehr umfaßte beispielsweise im Jahr 1987 75 Millionen Briefe aus der Bundesrepublik und West-Berlin in die DDR einschließlich Ostberlins und 95 Millionen Briefe in umgekehrter Richtung. Die Korrespondenz wurde durch die Paketsendungen ergänzt: Die Zahl der Pakete betrug 1987 aus der DDR 9 Millionen, in die DDR 24 Millionen⁸ – angesichts der erheblich geringeren Bevölkerungszahl muß gerade die Zahl der Pakete aus der DDR als erstaunlich angesehen werden, belegt sie doch, daß es zumindest in dieser Richtung nicht um Hilfssendungen, sondern um die Aufrechterhaltung persönlicher Verbindungen ging.

Insgesamt beweisen diese Zahlen: Die Bundesrepublik und die DDR bildeten über Mauer und Stacheldraht hinweg eine Kommunikationsnation.

3. Kulturnation bedeutet indes mehr als gemeinsame Kommunikation, Sprache mehr als Transportmittel für Informationsaustausch. Zur Kulturnation gehören kulturelles Erbe – Literatur, Kunst, Wissenschaft und Bildung; Zählen sie auch zweifellos zum Bestand der Gemeinsamkeiten, belegen sie zugleich die Komplexität des Problems. Vor allem bei geschichtlichen Phänomenen zeigt sich nicht allein die Gemeinsamkeit der Vergangenheit, sondern die Unterschiedlichkeit ihrer Perzeption. Diese Dichotomie verstärkte sich zwar in bezug auf historische Vorgänge und Personen, denen aufgrund des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes politische Relevanz i.e.S. zukam, beschränkte sich aber nicht auf sie, sondern betraf die Rezeption des kulturellen Erbes in der DDR prinzipiell.

Zwar war objektiv betrachtet die gesamte deutsche Geistesgeschichte das Erbe beider deutscher Staaten, doch selektierte die Kulturpolitik der DDR Teile dieses kulturellen Erbes und ordnete sie speziell ihrer eigenen Traditionspflege als fortschrittlich-humanistische Elemente⁹ zu. Wenngleich sich später – u. a. in der sog. Erbediskussion während der 1980er Jahre – immer wieder Modifikationen ergaben, wurde diese Programmatik doch bereits auf der ersten zentralen Kulturtagung der KPD 1946 entwickelt: Anton Ackermann stellte damals die bürgerlich-humanistische Tradition als zweiten Faktor kulturellen Erbes neben die „Geschichte der revolutionären Bewegungen aller Zeiten von ihren Anfängen bis zur Gegenwart“. Der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ als Massenorganisation der bürgerlichen Intelligenz wurde gegründet, in den Lehrplänen der Schulen, den Spielplänen der Theater, im Rundfunk und in Verlagen entstand eine breitgefächerte, marxistisch orientierte Bildungsoffensive.

Die Traditionselemente wurden jedoch nicht nur in der Literatur, sondern auch in anderen Bereichen ausgewählt. Ein Beispiel bildet die Philosophie des deutschen Idealismus, sofern sie sich über den Linkshegelianismus in die Entwicklungsgeschichte des Marxismus integrieren ließ.

⁸ Ebd. 2021.

⁹ Vgl. *Horst Möller*, Geschichte im demokratischen Pluralismus und im Marxismus-Leninismus in: *Geschichtswissenschaft in der DDR*, Bd. I: Historische Entwicklung, Theoriediskussion und Geschichtsdidaktik, hrsg. v. *Alexander Fischer*, *Günther Heydemann* (Berlin 1988) 33–44.

Auffallend war schon damals, daß Ackermann Autoren der Aufklärung wie Lessing oder des Vormärz wie Freiligrath und Heine nannte. Eine besondere Rolle spielten Goethe und Schiller als Protagonisten des Humanitätsideals der deutschen Klassik: Die 1953 vom Ministerrat der DDR beschlossene Gründung der „Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur“ in Weimar und die Begründung der literaturgeschichtlichen Zeitschrift „Weimarer Beiträge“ sollten der marxistischen Erforschung der klassischen deutschen Literaturperiode von der Mitte des 18. bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts dienen. Wie bei den Goethe-Gedenktagen entstand hier eine gewisse Konkurrenz zwischen Ost und West.

Auf der anderen Seite blieb aber nicht allein die trotz dieser einseitigen Vereinnahmung Goethes durch die DDR-Kulturpolitik unbestreitbare Tatsache, daß Goethe wie andere deutsche Dichter der gesamtdeutschen Literaturgeschichte zugehörte, sondern außerdem eine bemerkenswerte organisatorische Gemeinsamkeit: Die Goethe-Gesellschaft in Weimar bildete die größte wissenschaftlich-literarische Vereinigung, die in der Bundesrepublik und der DDR mit einheitlicher Organisation und Führung fortbestand. 1885 gegründet, hatte sie Ende der 1960er Jahre in Ost und West etwa 4 000 Mitglieder. Sie gab und gibt das Goethe-Jahrbuch heraus. Goethe wurde im übrigen zum Gegenstand weiterer gemeinsamer Bemühungen. So errichteten die Akademien in Ostberlin, Heidelberg und Göttingen Arbeitsstellen zur Herausgabe eines auf 40 Lieferungen berechneten Goethe-Wörterbuchs, dessen erste Lieferung 1966 erschien.

Wissenschaftliche Aktivitäten vergleichbarer Art, vor allem weitere editorische Akademieprojekte, die entweder schon vor der Teilung begonnen worden waren und nach 1945 weitergeführt wurden oder neuen Initiativen entsprangen, benötigten eine genauere Untersuchung. Näherer Erforschung bedürften auch gesamtdeutsche kirchliche Aktivitäten¹⁰.

Insgesamt zeigt die Inanspruchnahme des kulturellen Erbes sowohl die Gemeinsamkeit der Tradition beider Staaten wie die Unterschiedlichkeit ihrer Rezeption, die sich in der DDR durch Selektion, Hierarchisierung der Stoffe und Instrumentalisierung für die marxistisch definierte kulturpolitische Erziehungsaufgabe vom westlichen Teil Deutschlands unterschied.

Komplexer ist die Frage, in welchem Maße die Literatur in West und Ost gesamtdeutsch blieb oder – abgesehen von der gemeinsamen Sprache – doch die Charakteristika unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und eigenständiger poetologischer Entwicklungen trug. Wenngleich im allgemeinen konstatiert werden kann, daß auch die Literatur der deutschsprachigen Schweiz oder Österreichs im kulturellen, nicht aber nationalstaatlichen Sinn Teil der deutschen Literaturgeschichte ist, so entwickelten sich jeweils, auch in der DDR, doch Besonderheiten, die sowohl die literarische Thematik und Gestaltung wie die Organisation des Verlags- und Literaturbetriebs insgesamt betrafen. Dies mußte nicht zwangsläufig

¹⁰ Aus der Perspektive seines Themas enthält das Werk von *Gerhard Besier*, *Der SED-Staat und die Kirche*, Bd. 1 (München 1993), Bd. 2 u. 3 (Berlin 1995) auch Beiträge hierzu.

aus der Differenz der politischen Systeme herrühren, waren doch beispielsweise in der Weimarer Republik die Romane eines Berliner Autors wie Alfred Döblin oder eines bajuwarischen wie Oskar Maria Graf unübersehbar durch ihre jeweilige regionale Herkunft geprägt; sie wurden erst in der Emigration als (gesamt)deutsche Exilliteratur akzentuiert.

Auf der anderen Seite existierte nicht nur die spezifische, politisch determinierte Richtung des „sozialistischen Realismus“, zu der es zwar sowjetische, kaum aber westdeutsche Entsprechungen gab. Wie weit jemand ein gesamtdeutscher Autor wurde, hing nicht zuletzt vom Niveau, in der DDR auch von der Zensur, ab. Bertolt Brecht war trotz Ostberliner Wohnsitzes, kommunistischer Ideologie und Schweizer Konto, trotz österreichischer Staatsangehörigkeit ein gesamtdeutscher Autor, der nicht allein an seinem und Helene Weigels Berliner Ensemble, sondern auch auf westdeutschen Bühnen – Staatstheater inbegriffen – zeitweilig der meistgespielte deutschsprachige Autor des 20. Jahrhunderts wurde. Bezeichnend war es, daß die erste, damals zwölfbändige Gesamtausgabe der Stücke Brechts zwischen 1953 und 1959 zugleich in Ostberlin und Frankfurt/Main, im Aufbau Verlag und bei Suhrkamp, erschien.

Andere Autoren waren weniger privilegiert, konnten zum Teil gar nicht oder nur im Westen publizieren, gingen in die Bundesrepublik oder wurden ausgebürgert: Ihr Schicksal erwies sich als gesamtdeutsches Schicksal, ihre Reihe ist lang. Sie reicht von Sarah Kirsch, Monika Maron und Rainer Kunze bis zu Wolf Biermann. Wie weit ihre Werke charakteristisch für die DDR-Literatur sind, ob es literarische Spezifika gibt, die sie mit Hermann Kant, Christa Wolf, Jurek Becker, Heiner Müller oder Volker Braun zu DDR-Autoren in einem unterscheidenden Sinn machen, kann nur eine Werkanalyse zeigen. Thematische Besonderheiten, also DDR-Bezüge, liegen aber zweifelsfrei vor, wie andererseits ein Autor wie Heinrich Böll westdeutsch oder sogar spezifisch kölnisch geprägt ist. Und schließlich gibt es nach 1989 Autoren, die in der einen oder anderen Weise die Wiedervereinigung, ihre Vorgeschichte oder Folgen behandelt haben, sie reichen von DDR-Autoren wie Erich Loest und Günter de Bruyn bis zu Günter Grass. Alles in allem bildet auch die Literatur, bei allen Unterschieden, über weite Strecken einen Teil der kulturellen Gemeinsamkeit.

Allerdings würde eine Untersuchung der Sprachentwicklung mit Sicherheit spezifische Wortprägungen und sonstige Unterschiede zeigen, die nicht auf die Differenz landsmannschaftlicher oder dialektbedingter Differenzen zurückgehen, sondern auf die Wirkungen des Herrschaftssystems und entsprechender gesellschaftlicher Regeln. Ein sprachkritischer Essay wie derjenige Viktor von Klemperers über die Sprachentwicklung während der nationalsozialistischen Diktatur, „LTI“, würde jedenfalls Stoff genug zu reflektieren haben. Dazu zählen auch paradoxe Phänomene wie die Tatsache, daß der Begriff „Volk“ in verschiedenen Prägungen wie „volkseigen“ bzw. VEB, „Volksarmee“ usw. in der DDR ungleich häufiger begegnet als in offiziellen Bezeichnungen der Bundesrepublik. Die seit 1943 in Weimar vorbereitete historisch-kritische Schilleredition trug weiterhin den Titel „Nationalausgabe“, auch sie war ein gesamtdeutsches Unternehmen.

„Helden der Arbeit“, „Junge Pioniere“, Kombinate gab es in der Bundesrepublik nicht, Tarifpartnerschaft, Aktienkapital, Lohnrunden, Gastarbeiter nicht in der DDR. Die sprachlichen Neubildungen in der DDR konzentrierten sich insgesamt auf politische, soziale und technische Sektoren, Institutionenspezifika auf Politik und Herrschaft. Dabei bildeten Wertungen ein wesentliches Motiv: So stand dem Westberliner Wort „Schandmauer“ der Begriff „antifaschistischer Schutzwall“ gegenüber, die sowjetischen Satelliten hießen im Osten „sozialistische Bruderstaaten“. Bezeichnend war auch, daß der letzte gesamtdeutsche „Duden“ in 13. Auflage 1947 erschien, seit 1951 bzw. 1954 wurden in Leipzig bzw. Mannheim zwei unterschiedliche Ausgaben veröffentlicht.

4. Gemeinsam und doch unterscheidend ist die deutsche Geschichte, die die Voraussetzung der deutschen Teilung und der doppelten Staatsgründung darstellte – gemeinsam, weil man sich die eigene Geschichte nicht aussuchen kann, trennend, weil die DDR so tat, als könne sie den Teil der deutschen Geschichte für sich reklamieren, der in ihre Staats- und Gesellschaftsideologie integriert werden konnte, den als „reaktionär“ oder „faschistisch“ klassifizierten Teil aber der Bundesrepublik zuweisen.

Hier liegt tatsächlich das größte Paradox, das sich in zwei differenten Geschichtsbildern niederschlug. Die objektive historische Voraussetzung der nationalsozialistischen Diktatur konstituierte das historische Selbstverständnis der Bundesrepublik. Der antitotalitäre Grundkonsens aller demokratischer Parteien, der die Beratungen des Parlamentarischen Rates leitete und zumindest bis in die zweite Hälfte der 1960er Jahre allgemein verbindlich blieb, hatte mit dem verordneten „Antifaschismus“ der DDR schon insofern wenig gemein, als er im Westen zur Basis einer entschiedenen Demokratisierung wurde, im Osten aber – von taktisch-instrumentellen Zielen der frühen Antifa-Aktivitäten abgesehen – der Befreiung von der nationalsozialistischen Erbschaft diente: Der Kommunismus definierte sich antifaschistisch und stellte in seinem Selbstverständnis von Beginn an die bessere Alternative dar, folglich trugen die Kommunisten keinerlei Mitverantwortung für die Etablierung der NS-Diktatur. Diese Sicht der Dinge stimmte zwar keineswegs mit der historischen Realität überein, hatte aber den Vorzug eines homogenen Geschichtsbildes und natürlich den Vorzug, sich von den moralischen, politischen und materiellen Konsequenzen der historischen Verantwortung zu befreien: Anders als die Bundesrepublik leistete die DDR kaum Rückerstattung und Entschädigung für NS-Verfolgte. Demgegenüber übernahm die Bundesrepublik die volle Last dieser historischen Verantwortung und setzte sich während ihrer gesamten Geschichte in unterschiedlichen Formen und wechselnder Intensität, aber doch von Beginn an und permanent mit der NS-Diktatur auseinander.

Identische historische Voraussetzungen wurden also durch selektive, dualistische und umdeutende Perzeption in der DDR in eine völlig gegensätzliche Geschichtspolitik umgemünzt: Aus der Gemeinsamkeit wurde Trennung. Dies betraf nicht allein die Politik, sondern das Geschichtsbewußtsein überhaupt und fand Niederschlag in der Antwort auf die unmittelbar nach der Wiedervereini-

gung gestellte Meinungsumfrage. Sie lautete: „Über welche Epoche bzw. welches Thema sprechen sie am häufigsten, wenn sie über Geschichte reden?“ Bei zwei Dritteln der Westdeutschen lautete die Antwort: „Über die nationalsozialistische Diktatur“, unter den ehemaligen DDR-Bürgern waren es nur ein knappes Siebtel. Man kann darüber spekulieren, ob das erheblich größere Maß an Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern zu den Konsequenzen einer sich in dieser Weise gegenüber der historischen Verantwortung selbstimmunisierenden Geschichtsideologie zählt.

5. Wenngleich der politisch definierte Begriff der Nation in der Bundesrepublik, zunächst aber auch noch in der DDR, zu den Gemeinsamkeiten zählte, änderte sich dies mit der Diskussion über eine „sozialistische Nation“. Gemäß dem erwähnten Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973 durfte sich der Begriff „deutsche Nation“ nicht auf die Sprach- und Kultureinheit beschränken, diese Reduktion wäre der Aufgabe einer unverzichtbaren Rechtsposition gleichgekommen, sondern mußte zugleich ein Synonym für das „deutsche Staatsvolk“ sein¹¹. In diesem Zusammenhang wurde die sog. Identitätslehre maßgebend, die von der (Teil-)Identität des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland ausging. In seinem „Bericht zur Lage der Nation“ bekräftigte Bundeskanzler Brandt am 23. Februar 1972 vor dem Deutschen Bundestag ausdrücklich: „Das in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegte Recht auf Selbstbestimmung muß im geschichtlichen Prozeß auch den Deutschen zustehen ... Die deutsche Nation bleibt auch dann eine Realität, wenn sie in unterschiedliche staatliche und gesellschaftliche Ordnungen aufgeteilt ist.“¹²

Maßgeblich war dabei, wie u. a. Ulrich Scheuner und Richard Löwenthal betont haben, daß die deutsche Teilung nicht auf den Willen des deutschen Volkes zurückgeht, sondern „Ergebnis weltpolitischer Einwirkung von außen her im Gefolge des Zweiten Weltkriegs“ war¹³.

Im übrigen enthielt auch die erste Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 (und die zweite von 1969) einen gesamtdeutschen Anspruch, 1949 hieß es u. a.: „Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf. Die Republik entscheidet alle Angelegenheiten, die für den Bestand und die Entwicklung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit wesentlich sind ...“¹⁴. Diese Verfassung enthielt auch andere Gemeinsamkeiten, wenngleich sie bloß postulatorische Bedeutung besaßen, beispielsweise die föderative Struktur, die trotz Aushöhlung der Länderrechte theoretisch bis 1952 in Kraft blieb.

Nach dem Grundlagenvertrag verschärfte sich allerdings in der DDR die Betonung nicht allein der Zweistaatlichkeit, sondern auch einer von ihr und der Ge-

¹¹ Vgl. *Maunz, Dürig, Herzog, Scholz*, GG-Kommentar, Kom. zur Präambel, Abs. 21.

¹² Bericht zur Lage der Nation 1972, S. V.

¹³ *Ulrich Scheuner*, in: *Hans-Adolf Jacobsen* u. a. (Hrsg.), *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR* (München, Wien 1979) 87.

¹⁴ *Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart*, hrsg. v. *Johannes Hohlfeld*, Bd. VI, 409.

gensätzlichkeit der Gesellschaftsordnung abgeleiteten Modifizierung des Begriffs der Nation. Schließlich kam es sogar zum Konstrukt einer eigenständigen „sozialistischen“ Nation: Allein die Wortwahl zeigt, daß dieser Begriff der Nation gesellschaftspolitisch und ideologisch definiert wurde und ausdrücklich gegen das sog. „bürgerliche“ Nationalitätenprinzip gerichtet war¹⁵. Das Ergebnis bildete eine Deutung der Nation, die diese in zwei Staatsvölker in zwei voneinander unabhängigen deutschen Staaten auseinanderfallen ließ. So fand das Zwei-Nationen-Theorem 1973 seinen Niederschlag in der Umbenennung der 1949 gegründeten „Nationalen Front“ in „Nationale Front der DDR“, wenngleich diese deutschlandpolitische Kampforganisation längst ihre ursprüngliche instrumentelle Bedeutung eingebüßt hatte.

Nach der in den sechziger Jahren in der Sowjetunion begonnenen Reflexion des Begriffs ‚Nation‘ folgte in der DDR während der 70er Jahre ebenfalls eine Umdeutung des Bedeutungsgehalts, die die konventionelle Definition der Nation durch Stalin als zu statisch und klassenindifferent ablehnte. So forderte Alfred Kosing, der führende einschlägige Theoretiker der DDR, in seiner Schrift „Theoretische Probleme der Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR“, sich der Vereinnahmung der DDR mit Hilfe des Nationsbegriffs der Bundesrepublik entgegenzustellen. Er definierte seinerseits die Differenz folgendermaßen. „Die Nation ist in erster Linie eine gesetzmäßige Struktur- und Entwicklungsform der Gesellschaft in den beiden ökonomischen Gesellschaftsformationen des Kapitalismus und des Kommunismus.“¹⁶ Aus der Gemeinsamkeit einer durch Herkunft, Abstammung, Sprache und Kultur konstituierten Nation erfolgte hier die Trennung durch die gegensätzlichen Gesellschaftssysteme, aus ihnen entwickelten sich demzufolge unterschiedliche Nationen.

6. Schon vorher aber war die von der DDR erklärte gesellschaftlich und ideologisch begründete staatsrechtliche Diskontinuität zum Ausdruck gelangt, als das Staatsbürgerschaftsgesetz vom 20. Februar 1967 mit rückwirkender Geltung eine besondere DDR-Staatsbürgerschaft einführte. Für die Bundesrepublik galt hingegen weiterhin die durch Artikel 16 und 116 GG bestätigte gemeinsame deutsche Staatsangehörigkeit, die auf der Grundlage des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 27. Juli 1913 vom Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit für alle Deutschen ausging. Dies hatte bekanntlich vielfältige praktische Konsequenzen, beispielsweise nach der Flucht aus der DDR in die Bundesrepublik. Das Grundvertragsurteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigte 1973 diese Rechtsauffassung, wenngleich damit auch in der Bundesrepublik keineswegs alle Probleme gelöst waren, beispielsweise wenn ein Ausländer nach Erwerb der DDR-Staatsangehörigkeit in die Bundesrepublik kam. Zutreffend bemerkte Dieter Blumenwitz: „In der Zeit staatlicher Trennung war die deutsche Staatsangehörigkeit das sichtbare

¹⁵ Wilhelm Wolfgang Schütz, Nation, in: Kulturpolitisches Wörterbuch: Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik im Vergleich, hrsg. v. Wolfgang R. Langenbucher, Ralf Rytlewski, Bernd Weyergraf (Stuttgart 1983) 529.

¹⁶ Berlin (Ost) 1975, S. 18. (SB der Akademie der Wissenschaften der DDR. Gesellschaftswissenschaften, Jg. 1975, Nr. 2/g).

Moment der Verknüpfung aller Deutschen“¹⁷ – daran auch während der 70er und 80er Jahre festgehalten zu haben, erwies sich 1989 als richtig und wichtig.

7. In ihrer Expertise über „Die deutsche Frage im Bewußtsein der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands“ gelangen Werner Weidenfeld und Manuela Glaab zu dem Schluß: „In den Jahrzehnten der Teilung hat sich die Vorstellungswelt der Westdeutschen von der Nation nachhaltig verändert. Das empirische Datenmaterial verdeutlicht einerseits, daß das Gebiet der DDR im Nationbegriff der Bevölkerung stark verwurzelt war. In besonderem Maße galt dies in historischer und kultureller Perspektive. Andererseits bestimmte die Bundesrepublik Deutschland im Bewußtsein der Westdeutschen die Gegenwart und Zukunft der deutschen Nation.“¹⁸

Bemerkenswert sind einzelne demoskopische Befunde. So verstand eine relative Mehrheit der Westdeutschen im Juli 1986, die sich auf 37% belief, unter „deutscher Nation heute“ ausschließlich die Bundesrepublik, 35% die Bundesrepublik und die DDR. 23% bezogen andere deutschsprachige Gebiete ein, gingen also von einem kulturellen Nationsverständnis aus¹⁹. Die Einschätzung der nationalen Zusammengehörigkeit der Deutschen war 1971 in allen Altersgruppen pessimistisch, zwischen 55% und 74% nahmen damals an, daß die Deutschen sich auseinanderlebten. 1976 ging mehr als die Hälfte der Westdeutschen davon aus, daß in Deutschland zwei Nationen lebten – allerdings müßte hier nachgefragt werden, was die Befragten denn unter „Nation“ verstanden haben. Die Abweichungen, die verschiedene demoskopische Untersuchungen ergaben, lassen die Vermutung zu, daß differente Nationvorstellungen zugrunde lagen. Im Jahr der Wiedervereinigung antworteten immerhin 54% der befragten Westdeutschen, die Deutschen in West und Ost seien ein Volk, ein Drittel beantwortete die Frage indes negativ.

In der DDR betrachteten im Jahre 1977 79% der Einwohner der DDR Ost- und Westdeutsche als ein Volk, 1984 waren es sogar 80%. Allerdings nahm der Anteil der jungen Leute zwischen 14 und 29 Jahren, die die Deutschen als ein Volk ansahen, von 70% im Jahre 1977 auf 61% im Jahre 1984 ab²⁰ – ein deutliches Indiz dafür, daß die Teilung langfristig infolge des Generationswechsels das gemeinsame Nationalbewußtsein gefährdete. Für die Wiedervereinigung sprachen sich in der DDR 1970 88% der Bevölkerung aus, 1984 sogar 89%²¹.

8. Nach der Wiedervereinigung stellte das Institut für Demoskopie in Allensbach monatlich die Frage: „Ist die deutsche Wiedervereinigung für Sie eher Anlaß

¹⁷ Dieter Blumenwitz, Staatsangehörigkeit deutsche, in: Rainer Eppelmann, Horst Möller, Günter Nooke, Dorothee Wilms (Hrsg), Lexikon des DDR-Sozialismus (Paderborn u.a. 1996) 585.

¹⁸ Werner Weidenfeld, Manuela Glaab, „Die deutsche Frage im Bewußtsein der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands“, in: Enquete-Kommission, Bd. V, 3, S. 2851 f.

¹⁹ Ebd. 2815.

²⁰ Enquete-Kommission Bd. V, 1, S. 725 (Anlagen).

²¹ Ebd. 726.

zur Freude oder eher zur Sorge?“ Die Ostdeutschen antworteten immer mit großer Mehrheit „Eher zur Freude“, die Westdeutschen reagierten mit Ausnahme der Jahre zwischen 1992 und 1994 mehrheitlich ebenfalls positiv, im Sommer 1999 antworteten 48% „Eher zur Freude“ und 28% „Eher zur Sorge“. Aber nur 14% der Westdeutschen und 8 Prozent der Ostdeutschen würden die Wiedervereinigung gern rückgängig machen. Elisabeth Noelle-Neumann gelangte mit Hilfe verschiedener Assoziationstests und der Untersuchung zur Verwendung von Sprichwörtern zu dem Ergebnis, die Deutschen in West und Ost seien durch eine große „Familienähnlichkeit“ charakterisiert, zu der Skepsis, Argwohn und Mißtrauen zählten. Nationalstolz sei aufgrund der schwer auf den Deutschen lastenden Geschichte im internationalen Vergleich am schwächsten ausgeprägt. Doch gibt es etliche Themen, bei denen vergleichbar hohe Werte bei West- und Ostdeutschen auch nationalen Stolz in einzelnen Sektoren demonstrieren, so auf den Wiederaufbau nach dem Krieg, auf Goethe, Schiller, Bach, auf mittelalterliche Städte und Dome, auf die deutschen Landschaften, auf Wissenschaft und Forschung, schließlich auf deutsche Autos. Insgesamt liegen die Werte dicht beieinander, jeweils in Größenordnungen von 70 bis 90%.

Die Schlußfolgerung von Elisabeth Noelle-Neumann im September 1999 lautet: „Was also ist es, das die Deutschen zusammenhält? Vielleicht ist das sogar das wichtigste Kennzeichen, wenn man beschreiben will, was eine Nation ist: Die Deutschen wollen zusammen leben.“²²

Fazit:

Aufgrund der sich immer stärker ausprägenden Zweistaatlichkeit kann man trotz anfänglicher Gemeinsamkeit des Nationalbewußtseins und eines anfangs durchaus analogen gesamtdeutsch definierten Nationbegriffs von einer allmählichen „Dekomposition“ der Nation sprechen, sie ist zeitlich in West und Ost unterschiedlich akzentuiert, zeigt aber zwischen 1967 (DDR-Staatsbürgerschaft) und 1972/75 (Grundlagenvertrag, „sozialistische“ Nation) einen deutlichen Kulminationspunkt. Eine gegenläufige Tendenz zeigt sich in der ständigen Intensivierung innerdeutscher Kontakte, die zunächst in den 1970er Jahren aufgrund verschiedener Verträge, Abkommen und Reiseerleichterungen und dann nochmals in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre deutlich zunimmt. Während in Westdeutschland das Gefühl, es handele sich um zwei Nationen je länger je mehr wächst, der Gedanke an Wiedervereinigung sich bei einem beträchtlichen Teil verflüchtigt, zumindest aber verblaßt, bleibt er in der DDR lebendig, wie die außerordentlich positiven Umfrageergebnisse zeigen. Der Grund für die westliche Skepsis – wobei allerdings auch parteipolitische Differenzen berücksichtigt werden müssen – liegt

²² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. September 1999.

nicht allein in der Dauer der Teilung, sondern auch in der hohen Akzeptanz der Bundesrepublik bei ihrer Bevölkerung, der vergleichsweise niedrigen der DDR bei ihren Bewohnern, was im Westen zunehmend verkannt wurde. Insofern liegt hier in bezug auf Nation und Wiedervereinigung eine deutliche Asymmetrie zwischen West und Ost vor, die sich bis in die 1980er Jahre ständig verstärkte.

Nach 1990 lassen sich in abgeschwächter Form zeitweilig ähnliche, aber deutlich schwächere Asymmetrien ausmachen, die nach einem Jahrzehnt aber in bezug auf die Kernbereiche weitgehend verschwunden sind. Insofern könnte man für das letzte Jahrzehnt von einer „Rekonstruktion“ der Nation in Deutschland sprechen. Daß diese Annäherung angesichts einer Teilungsgeschichte von 40 bis 45 Jahren in vergleichsweise kurzer Zeit möglich war, beweist die subkutane Effektivität der *forces profondes*, beweisen Familienähnlichkeit und gemeinsame kultur-nationale Traditionen. Allerdings traten in der Bundesrepublik seit 1949, verstärkt seit Mitte der 1950er Jahre (west)europäische und atlantisch orientierte Wandlungen im Wertekanon und der Lebenswelt ein, die von vornherein übernational waren. Anders gewendet: Verwestlichung und Europäisierung ließen die Orientierung an Nation und Nationalstaatlichkeit soweit zurücktreten, daß sie auch in bezug auf die innerdeutschen Beziehungen an Verbindlichkeit einbüßten. Das hatte auch ganz praktische Gründe: Wer mit völliger Selbstverständlichkeit nach Rom, Paris, London und New York fliegen konnte, nicht aber nach Leipzig und Dresden, wer schnell nach Ischia oder Mallorca, nicht aber nach Rügen reisen konnte, empfand den Osten Deutschlands, zumal wenn er jüngeren Generationen angehörte, als fremd, die befreundeten Nachbarstaaten aber als vertraut. Da es zu den herausragenden Leistungen der Regierung Helmut Kohl gehört, daß sie die Wiedervereinigung im Kontext wesentlicher Schritte zur europäischen Einigung erreichte und im übrigen heute regionale, nationale und europäische Identitäten im Wechselverhältnis stehen, hat sich jedoch das Verständnis des Nationalstaats gewandelt²³.

Die Gewichtung der einzelnen Faktoren zeigt, daß auch die gezielte Indoktrination durch eine diktatorische Herrschaft zu einem langfristigen Wertekanon führen kann, dies hat beispielsweise Renate Köcher in ihrer Analyse der Bundestagswahl 1998 gezeigt: Sie führte vor Augen, daß die Wahlniederlage der CDU in den neuen Bundesländern keineswegs nur aktuelle Gründe besaß. Vielmehr stießen für CDU-Wähler verbindliche positive Konnotationen bei der Mehrheit der Ostdeutschen nicht zwangsläufig auf eine positive Resonanz, beispielsweise der Begriff „Marktwirtschaft“. Insofern benötigte die CDU aktuelle Konjunktoren wie beispielsweise 1990 und 1994, als sie die Partei der Wiedervereinigung und Helmut Kohl ihr Protagonist war. Natürlich bedurfte die politische Werteskala, das Verhältnis kurz- und langfristiger Dispositionen weiterer Analysen. Entscheidend aber ist der Schnittpunkt der *forces profondes* mit der jeweils aktuellen Konstellation und den gesellschaftlichen und politischen Strukturen der Herrschaft

²³ Vgl. Möller (Anm. 3).

sowie in diesem Fall der internationalen Szenerie. Auch hier kommt es auf das je spezifische, das epochenspezifische Mischungsverhältnis an: Es hat während der Dezennien der Teilung das Auseinanderleben und das Trennende begünstigt, im Jahrzehnt der Wiedervereinigung durch die nie völlig versiegenden Gemeinsamkeiten jedoch das Zusammenwachsen ermöglicht und wird es weiter tun.